

Leitartikel

Von Mario Zenhäuser

An der Notwendigkeit neuer Wasserkraftwerke in Tirol besteht überhaupt kein Zweifel.



mario.zenhaeuser@tkt.com

Beim Reden kommen die Leut z'samm

Steixner und Wallnöfer diskutieren jetzt zumindest über den Kriterienkatalog. Damit ist schon viel getan.

Der Kriterienkatalog über die künftige Nutzung bzw. den Ausbau der Wasserkraft in Tirol hat die hiesige Politik in den vergangenen Wochen elektrisiert. Selten zuvor hat ein an und für sich lobenswerter Vorschlag – nämlich die Argumente aller Beteiligten in einem Regelwerk zusammenzufassen – derart negative Stellungnahmen ausgelöst wie dieser Vorstoß von Landeshauptmannstellvertreter Toni Steixner. Die großen Interessenvertretungen zerpfückten den vorgelegten Entwurf regelrecht.

In der Zwischenzeit beginnt die eisige Mauer zwischen Tiwag-Boss Bruno Wallnöfer und Steixner zu schmelzen. Mittlerweile reden sie zumindest wieder miteinander, diskutieren über den Ausbau der Wasserkraft in Tirol und über den Kriterienkatalog. Damit ist schon viel getan. Nicht umsonst sagt ein altes Tiroler Sprichwort, dass beim Reden die Leut' zusammenkommen.

An der Notwendigkeit neuer Wasserkraftwerke besteht kein Zweifel. Gerade jetzt, wo jeder dritte Tiroler unter der Wirtschafts- und Finanzkrise leidet, sorgen die Investitionen der Energiewirtschaft für wichtige Impulse am heimischen Arbeitsmarkt. Aber diese Tatsache entbindet niemanden vom verantwortungsvollen Umgang mit der Natur.

Anton Steixner wollte mit seinem Kriterienkatalog den Spagat zwischen Naturschützern und Kraftwerksbauern schaffen. Er ist gescheitert – aber nur vorerst. Das Tauwetter zwischen ihm und Wallnöfer eröffnet dem ambitionierten Projekt eine zweite Chance. Das Ziel, ein von allen Seiten akzeptiertes Papier, das in naher Zukunft den Ausbau der Wasserkraft in Tirol nicht nur regelt, sondern sogar beschleunigt, wird zwar schwer oder gar nicht zu erreichen sein. Zu einbetont sind die Argumente. Aber besser, als nichts zu tun, ist allemal, wenn so viele Fachleute wie nur möglich an Lösungsvorschlägen arbeiten.

Karikatur

Neue olympische Disziplinen

Nun auch offiziell: die neuen Disziplinen des Österreichischen Olympischen Komitees:



Teambewerb Schmiergeld-Staffellauf

Geldwaschen und Belegfälschen



Einzelbewerb Versteckerlspiel



Teamsport: Gegenseitige Schuldzuweisungen

Apropos

Von Alois Schöpf

Mauschelei wird abgestraft

Unsere Landespolitiker sollten sich die Wahlauswahl in der nächsten Gemeinderatswahl in meiner Heimatgemeinde Lans etwas genauer anschauen. Immerhin nahm die Debatte über die Agrargemeinschaften und ihre berechtigten oder unberechtigten Eigentumsrechte auch von diesem idyllischen Dörfchen ihren Ausgang. Und es ist nicht auszuschließen, dass sich bei den nächsten Landtagswahlen auf höherer Ebene Ähnliches abspielen könnte.

Denn nach Wochen des Friedens, in denen alle Parteien sich nach dem Abgang des Langzeitbürgermeisters Peter Riedmann Wohlwollen und Zusammenarbeitsbereitschaft zusicherten, eskalierte kurz vor dem Urnengang der Wahlkampf in einem geradezu kabarettistischen Ausmaß. Eine Postwurfsendung jagte die nächste, die Wahlwerber schwärmten zu Hausbesuchen aus, es hagelte Entgegungen, auf die wieder Richtigstellungen und diesen wiederum Dementis folgten.

Als die Stimmen dann ausgezählt waren, fiel jene Gruppe, die sich ihres Sieges schon sicher gewesen war, weil sie sich von den turbulenten Jahren einer angeblich eigenmächtigen und streitveressenen Bürgermeisterpolitik distanziert hatte, aus allen Wolken. Denn sie wurde vom Wähler gnadenlos abgestraft. Und zwar vor allem deshalb, weil sie es verabsäumt hatte, scharf die Grenze gegenüber einer Agrargemeinschaft zu ziehen, die es immer noch ablehnt, oberste Gerichtshofbeschlüsse als gültig anzuerkennen. Die Rechnung fiel klar aus!

Alois Schöpf ist Schriftsteller, Journalist und seit vielen Jahren TF-Kolumnist.



alois.schoepf@tkt.com

Der Zentralismus kommt durch die Hintertür

Der Zentralismus feiert fröhliche Urständ. Der Föderalismus ist nicht ausgeprägt, Politiker orientieren sich an Partei- und nicht Länderinteressen.



Analyse

Von Peter Nindler

Das Wort Verwaltungsreform klingt sperrig, wird von der Bundespolitik gerne aber dazu verwendet, um Zentralisierungsversuche unter dem Deckmantel der bundesstaatlichen Kompetenzverteilung zu verstecken. Denn am liebsten würde sich der Bund alles kralen, zumal Österreich für ihn eigentlich an der Stadtgrenze von Wien auflöht.

Dabei wäre alles so einfach: Bund und Länder müssten sich endlich darauf einigen, für was wer im Staat verantwortlich und zuständig ist. Braucht es neun ver-

schiedene Bauordnungen? Sind neun Naturschutzgesetze zielführend? Warum gibt es zusätzlich zu den städtischen Sozialämtern und der Landsozialabteilung noch ein Bundessozialamt? Und warum nach wie vor zwei Schulbehörden – Landesschulrat und Schulabteilung – existieren, versteht wohl niemand.

Aber anstatt Doppelgleisigkeiten an der Basis zu beenden, wird wieder einmal das Politische beschworen. Landtage sollen kleiner, der Bundesrat gar aufgelöst werden. Beides sind jedoch Eckpfeiler eines föderalen Systems. Leider stellen sich beide Institutionen selbst infrage. Der Landtag ist meist der Erfüllungshelfer der jeweiligen Landesregierung. So hat der Tiroler Landtag in den vergangenen Jahren von sich aus keine ein-

zige Gesetzesinitiative gestartet, sondern nur Regierungsvorlagen abgenickt. Und die Mandatäre im Bundesrat folgen bei Abstimmungen in dem ohnehin zahllosen Gremium Partei- und nicht Landesinteressen. Der Tiroler ist dann nicht mehr Tiroler, sondern ein Roter, Schwarzer, Grüner oder Blauer und stimmt auch so ab.

In der Länderkammer sollten deshalb echte Ländervertreter und keine verlängerten Arme der Bundespartezentralen sitzen. Außerdem ist der Bundesrat letztlich so etwas wie ein Versorgungsbecken. Wer im Land nichts geworden ist, wird halt mit einem Bundesratsmandat versorgt.

Damit leisten all jene, die in Zeiten wie diesen nach Föderalismus rufen, diesen aber nicht leben bzw. nicht verstehen, dem Zentralismus durch die Hintertür Vorschub. Die Schwäche der Länderpolitik wird so eine Stärke der Zentralisten.

Lesen Sie dazu mehr auf Seite 3

peter.nindler@tkt.com

Kopf des Tages

Warten auf klare Worte aus Rom

Als Joseph Alois Ratzinger am 19. April 2005 nach einer sehr kurzen Konklavedauer von 26 Stunden als neuer Papst feststand, war die Welt noch halbwegs in Ordnung. Die Bild huldigte dem im oberbayerischen Markt am Inn geborenen Kirchenmann am nächsten Tag mit der berühmten gewordenen Schlagzeile „Wir sind Papst!“. Progressive Katholiken allerdings, die auf frischen Wind im Vatikan gehofft hatten, wurden mit der Wahl des damals 78-jährigen enttäuscht. Schließlich wurde kein unbeschriebenes Blatt Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche: Schon als Präfekt der Kongregation für die Glaubenslehre und als rechte Hand seines

Vorgängers Papst Johannes Paul II. hatte Ratzinger gezeigt, dass er eher als Bewahrer denn als Reformist gilt.

Fünf Jahre später befindet sich die katholische Kirche in einer ihrer schwersten Krisen – und auf Benedikt XVI. lasten hohe Erwartungen. Nahezu täglich kommen Missbrauchsfälle ans Licht. Auch der Bruder des Papstes, Georg Ratzinger, vor Jahren Leiter der Regensburger Domschatzen, sieht sich mit Vorwürfen konfrontiert und gab schließlich zu, Ohrfeigen verteilt zu haben. Die Spannung, was im Hir-

tenbrief von Benedikt XVI. steht, ist deshalb besonders groß. Heute wird er veröffentlicht.

Klar ist nur so viel: Eine zutiefst verunsicherte Kirche sehnt sich nach klaren Worten ihres Oberhaupts. Im Februar for-



der der Papst angesichts des tausendfachen Missbrauchs in irischen Kircheneinrichtungen die Bischöfe des Landes auf, sich der tiefen Krise „ehrlieh und mutig“ zu stellen. Er nannte sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen ein „abscheuliches Verbrechen“ und eine schwere Sünde gegen Gott. In Deutschland sind die Erwartungen aber hoch, dass sich Benedikt auch konkret zu den vielen Fällen in seinem Heimatland äußert. Nicht zuletzt interessiert viele Katholiken, ob Benedikt zu seiner Zeit als Erzbischof von München und Freising Ende der 70er Jahre auch etwas von den Vorgängen wusste. Das freilich wird in dem Brief wohl keine Erwähnung finden. (car)

Papst Benedikt XVI.

Frage des Tages

Die jüngst bekannt gewordenen Missbrauchsfälle könnten der römisch-katholischen Kirche einen noch nie da gewesenen Schaden zufügen. Laut einer Umfrage denkt fast eine Million Österreicher an Kirchenaustritt. Auch Sie?

48 % Ja – weil mein Vertrauen in die Kirche zu tiefst erschüttert ist.

23 % Nein – die Institution Kirche bzw. die damit verbundenen Feierlichkeiten sind mir wichtig.

29 % Egal – ich bin bereits ausgetreten.

Die Umfrage finden Sie auf tkt.com